

Gemeindeversammlung

Protokoll

Montag, 2. Dezember 2013, 20.00 – 21.45 Uhr

Ort

Gemeindesaal im Hotel Geroldswil

Stimmzähler

Als Stimmzähler werden vorgeschlagen und gewählt:

- Heini Surber, Rebbergstrasse, 25c
- Martin Furrer, Waldrütistrasse 25a

Stimmberechtigte

Eingangs werden 121 Stimmberechtigte gezählt. Nach dem Versammlungsbeginn sind zeitweise noch weitere Personen erschienen. Nach der Beratungspause beim Geschäft „Voranschlag 2014 und Steuerfussfestsetzung“ wurden die anwesenden Stimmberechtigten nochmals gezählt. Es waren 122 stimmberechtigte Personen anwesend.

Gäste

Als nicht stimmberechtigte Personen werden

- Sophie Rüesch, Limmattaler Zeitung
 - Herr Binder, Katholische Kirche
- sowie ein weiterer Gast begrüsst.

Traktandenliste

1. Voranschlag und Festsetzung Steuerfuss 2014
2. Aufstockung Gemeindehaus – Bauabrechnung
3. Personalverordnung – Neuerlass
4. Polizeiverordnung – Totalrevision
5. Anfrage nach § 51 Gemeindegesetz von Willy Enz zum geplanten Polizeiverbund rechtes Limmattal

Willy Enz beantragt, dass die Anfrage nach § 51 Gemeindegesetz als erstes Traktandum behandelt wird. Diesem Antrag stimmen 85 Stimmberechtigte zu. Im Übrigen wird die Traktandenliste bestätigt.

Protokoll

Beat Meier, Gemeindeschreiber (nicht stimmberechtigt)

Montag, 2. Dezember 2013

Einwendungen

Am Ende der Gemeindeversammlung weist die Gemeindepräsidentin auf die Publikation der Gemeindeversammlungsbeschlüsse und die Rechtsmittel hin. Auf die Anfrage am Schluss der Versammlung werden keine Einwendungen gegen die Versammlungsführung erhoben.

Publikation

1. Einladung zur Gemeindeversammlung: 8. November 2013
2. Beschlussfassung Gemeindeversammlung: 10. Dezember 2013



Montag, 2. Dezember 2013

Der Polizeiverbund rechts Limmattal wurde anschliessend von sämtlichen Gemeinden, ausser Weiningen, aufgrund des Kosten-/Nutzenverhältnis abgelehnt. Für eine Zusammenarbeit im neu zu gründenden Zweckverband Polizeiverbund rechts Limmattal, mit den Gemeinden Unterengstringen und Weiningen sowie der Anschlussgemeinde Oetwil a.d.L. wurden wir zudem nicht angefragt. Auch Oberengstringen beteiligt sich – wie bereits 2009 – aus Kostengründen ebenfalls nicht am Polizeiverbund.

3. *Würden für Geroldswil bei einer Teilnahme wesentliche Mehrkosten/Nachteile entstehen, wenn ja, in welchem Umfang oder könnten nicht vielmehr Kosten besser verteilt und Einsparungen erzielt werden bei gleichzeitig besseren Leistungen?*

Die damals von Weiningen und Unterengstringen vorgeschlagene Variante favorisierte einen zentralen Polizeiposten in Weiningen mit einem 2-Schichtbetrieb. Aufgrund der geschätzten Kosten wäre auf Geroldswil ein Anteil von ca. Fr. 270'000.00 pro Jahr entfallen. Die effektiven Kosten, die bei einem Polizeiverbund rechts Limmattal heute anfallen, kennen wir nicht im Detail. Es ist aber von Kosten in derselben Grössenordnung auszugehen. Die Kosten für die heutige Gemeindepolizei und einen Polizeiverbund bewegen sich etwa im gleichen Ausmass.

Aufgrund der vergleichbaren Kosten überwiegen die in Frage 2 genannten Gründe massiv. Die polizeilichen Dienstleistungen in Geroldswil würden spürbar abgebaut. Einer überkommunalen Zusammenarbeit stehen wir jedoch weiterhin offen gegenüber.

4. *Sind unsere motorisierten Polizisten aufgrund der Erfahrungen in der Zeit seit der Besetzung einer zweiten Stelle voll ausgelastet oder bestünde allenfalls nicht doch eine gewisse Kapazität für die Mitarbeit im Polizeiverbund?*

Mit dem 2-Mann-Polizeikorps kann ein 2-Schichtbetrieb von 7.00 – 20.00 Uhr gewährleistet werden. Der Dienstplan kann optimal auf die eigenen kommunalen Bedürfnisse abgestimmt und die Polizisten können individuell – auch für Nacht- oder Wocheneinsätze - eingeteilt werden. Zudem können gemeindepolizeilichen Aufgaben (z.B. Kontrolle des ruhenden Verkehrs), welche vor 2010 eingekauft werden mussten, selber besorgt werden. Es wäre aufgrund der geographischen Situation jedoch denkbar, die polizeilichen Dienste unserer Nachbargemeinden in einem zu definierenden Umfang abzudecken.

5. *Ist der Gemeinderat eventuell bereit, die Polizeiverordnung bis zur weiteren Abklärung zurück zu stellen und die 58 Paragraphen gegebenenfalls von einer beratenden Kommission überprüfen zu lassen?*

Gemäss § 74 Gemeindegesetz steht dem Gemeinderat die Besorgung der gesamten Ortspolizei zu. Zu diesem Zweck erlässt er eine Polizeiverordnung. Die revidierte Polizeiverordnung hat keinerlei Auswirkungen auf eine allfällige spätere Neuorganisation der Kommunalpolizei. Sie würde auch bei einer allfälligen überkommunalen Zusammenarbeit ihre Gültigkeit behalten, da jede Gemeinde eine eigene Polizeiverordnung benötigt. Der Gemeinderat erachtet es deshalb nicht als notwendig, die Teilrevision der Polizeiverordnung zurückzustellen.“

Die Gemeindepräsidentin verliert zudem die Schlussfolgerungen des Antrags und gibt dem Anfragersteller **WillyENZ** die Gelegenheit, eine Stellungnahme abzugeben. Dieser bedankt sich für die Antwort. Er habe sie erst vor kurzem bekommen und könne deshalb keine Stellung nehmen.

Montag, 2. Dezember 2013

**70 F2.07 Finanzen, Versicherungen - Voranschläge, Finanzplanung
Voranschlag 2014**

Der Finanzvorstand **Michael Deplazes** erläutert die Vorlage. Die Rechnungsprüfungskommission bringt keine Bemerkungen an.

Barbara Rutz findet, dass die Position über Fr. 420'000.00 als Planungskosten für die Zentrumsentwicklung fragwürdig sei. Die Zentrumsüberbauung werde vom Gemeinderat enorm vorangetrieben. Sie sei aber der Ansicht, dass es für eine Studie und einen Architekturwettbewerb zu früh sei. Ihr würden zentrale Eckdaten fehlen. Die Bau- und Zonenordnung sei zwar genehmigt, aber alles Weitere sei für sie noch offen. Es sei beispielsweise unklar, wo die Busschleife zu liegen komme und wie sie gestaltet werde. Müsse wirklich ein Detaillist in die neue Überbauung kommen? Es werde von drei Varianten gesprochen, ohne dass die Bürger einbezogen worden seien oder mitbestimmen können. Es sei störend, dass es keine Mitwirkung durch die Bevölkerung gebe. Interessierte Personen würden den Informationen immer hinterher hinken und würden nicht einbezogen. Der Gemeinderat laufe Gefahr, dass das Projekt abgelehnt würde und viel Geld vergebens ausgegeben werde. Sie beantrage deshalb, dass dieser Betrag nicht auszugeben und die Position im Budget zu streichen sei.

Hochbauvorstand **Willy Oswald** führt aus, dass in der geplanten Grossüberbauung auf der ehemaligen Chilbiwiese ein Ladengeschoss und rund 20 Wohnungen erstellt werden soll. Dies sei bei der Vorlage im Juni zur Teilrevision der Bau- und Zonenordnung ausgeführt worden. Die Bevölkerung sei stets über die Absichten des Gemeinderates informiert gewesen. Es werde nun ein Studienauftrag erarbeitet und die Ergebnisse in einen Gestaltungsplan überführt.

Gemeindepräsidentin **Ursula Hofstetter** ergänzt, dass auch an zwei separaten Orientierungsveranstaltungen über die beabsichtigten Veränderungen im Geroldswiler Zentrum informiert worden sei. Die Bevölkerung sei stets auf dem aktuellsten Stand und einbezogen worden.

Klaus Rutz hingegen erachtet es als absurd, dass die Bevölkerung nicht mitbestimmen könne. Grundsätzlich sei eine Machbarkeitsstudie zu machen, um damit abgesicherte Daten zu erhalten. Er habe kein Verständnis für das gewählte Vorgehen. Es sei verpasst worden, in einer früheren Phase eine Machbarkeitsstudie durchzuführen, um allfällige Varianten für die grundsätzliche Lösung der Überbauung zu prüfen und vor allem aufgrund der wichtigsten Eckdaten und fixen Randbedingungen die Finanzierung, die zeitliche Umsetzung, die Risiken, insbesondere aber die Wirtschaftlichkeit zu untersuchen. Er habe kein Verständnis für das gewählte Vorgehen.

(Berichtigung aufgrund des Entscheides des Bezirksrates Dietikon vom 5. März 2014 zum Rekurs gegen das Gemeindeversammlungsprotokoll)

Der Hochbauvorstand **Willy Oswald** hält dem entgegen, dass zuerst die Möglichkeiten und der Bedarf zu klären seien. Die Planerteams würden sich nun eben Gedanken machen und deren Projekte von einer Jury bewertet. Die Resultate würden der Bevölkerung vorgestellt. Im Weiteren können die Stimmberechtigten über die Realisierung mitbestimmen. Er bitte deshalb den Gemeindeschreiber, die Möglichkeiten der Stimmberechtigten aufzuzeigen.

Montag, 2. Dezember 2013

Gemeindeschreiber **Beat Meier** erklärt, dass die Stimmberechtigten noch mindestens zwei Mal Entscheide zur Zentrumsentwicklung zu fällen haben. Einerseits müsse der Kredit für die Umgestaltung der Gemeindehausstrasse vom Souverän beschlossen werden. Andererseits müsse ein Verkauf der Grundstücke oder eine Abgabe im Baurecht den Stimmberechtigten vorgelegt werden.

Klaus Rutz findet trotzdem, dass der Gemeinderat keinen Vorgehensplan habe und erachtet dies als unprofessionell. Hochbauvorstand **Willy Oswald** entgegnet, dass ein Studienauftrag einer Machbarkeitsstudie entspreche und will festgehalten haben, dass dies professionell sei. **Klaus Rutz** teilt diese Meinung nicht, da die Planung ohne die Bevölkerung geschehe und ihr somit die aktive Mitwirkung nicht eingeräumt werde. Gemeindepräsidentin **Ursula Hofstetter** hält fest, dass die Entwicklung eines solchen Projektes schrittweise erfolge.

Theo Quinter bemerkt, dass er als ehemaliger Gemeindepräsident 25 Jahre geschwiegen habe. Er melde sich heute aber zu Wort. Zuerst danke er dem Finanzvorstand für die gute Präsentation des Budgets und für seine gute Arbeit. Er möchte aber auf drei Punkte hinweisen. Erstens sei die Volksmeinung in einem Planungsprozess kein Störfaktor. Er vermisse eine beratende Kommission, die aus interessierten Bürgern bestehe, und sich einbringen könne. Zweitens seien nicht alle Ausgaben gebunden und rechtlich stehe den Stimmberechtigten eine Mitwirkung zu. Drittens habe kürzlich das Projekt Alba Vinea für das Betreute Wohnen Schiffbruch erlitten, weil die Bevölkerung nicht einbezogen worden sei. Er schlage deshalb vor, dass der Ausgabenposten für die Planung im Zentrum sistiert werde und eine beratende Kommission gebildet werde. Er bittet den Gemeinderat, die Gemeindeversammlung zu unterbrechen und sich zu beraten.

Gemeindepräsidentin **Ursula Hofstetter** fragt nach, ob es sich um einen Antrag handle. Sie gibt zu bedenken, dass sich damit die Planung um ein Jahr verzögern werden. **Theo Quinter** bestätigt seinen Antrag, worauf die Gemeindeversammlung unterbrochen wird und sich der Gemeinderat zur Beratung zurückzieht.

Die Gemeindeversammlung wird nach etwa 10 Minuten fortgeführt. Es werden nochmals die anwesenden Stimmberechtigten ermittelt. Es sind 122 stimmberechtigte Personen anwesend.

Gemeindepräsidentin **Ursula Hofstetter** informiert die Anwesenden, dass der Gemeinderat bereit sei, eine beratende Kommission einzusetzen. Diese Kommission werde ausgewogen zusammengesetzt und damit beauftragt, die Grundlagen für das Pflichtenheft des Studienauftrages zu erarbeiten. Der im Budget eingestellte Betrag werde belassen, da diese Ausgaben als Bevorschussung gelten und mit dem Projekt refinanziert würden. Als Bemerkung hält sie fest, dass sie sich vehement dagegen verwahrt, dass sich der Gemeinderat unprofessionell verhalte und agiere. Politik werde vom Gemeinderat nicht um der Politik willen betrieben, sondern zum Wohl der Einwohner von Geroldswil und vor allem aus Liebe zu unserem Dorf.

Klaus Rutz stellt klar, dass sich seine Bemerkungen auf das gewählte Vorgehen beziehen. Er bleibe dabei, dass dies unprofessionell sei. Im Weiteren findet er, dass eine Verzögerung von einem Jahr für ein solches Grossvorhaben keine Rolle spiele.



Montag, 2. Dezember 2013

Bruno Polentarutti fragt nach, ob seine Einwände aus den Orientierungsversammlungen zu den Busschlaufen aufgenommen worden seien. Gemeindepräsidentin **Ursula Hofstetter** bestätigt dies und bekräftigt, dass das Anliegen vollumfänglich aufgenommen wurde.

Gemeindepräsidentin **Ursula Hofstetter** richtet die Frage an den Antragsteller Theo Quinter, ob er mit der Antwort zufrieden sei und ob er an seinem Antrag, die Planungskosten von rund Fr. 400'000.00 aus dem Budget zu streichen, festhalte.

Theo Quinter äusserst sich, dass er keinen Antrag stelle und seinem Anliegen nachgekommen wird, wenn die Volksmeinung in den Planungsprozess einflüsse. Er wünscht noch eine Aussage vom Finanzvorstand. Gemeindepräsidentin **Ursula Hofstetter** richtet das Wort an Barbara Rutz, ob das Vorgehen auch ihrem Anliegen entspreche. Dies wird nicht dementiert. Über den Antrag von Barbara Rutz wird nicht abgestimmt (Ergänzung aufgrund des Entscheides des Bezirkrates Dietikon vom 5. März 2014 zum Rekurs gegen das Gemeindeversammlungprotokoll).

Finanzvorstand **Michael Deplazes** hält fest, dass sich nicht nur er sondern der gesamte Gemeinderat intensiv mit der Entwicklung von Geroldswil befasse und dass den Finanzen stets ein besonderes Augenmerk geschenkt werde. Damit aber Entscheidungsgrundlagen geschaffen werden können, werde Geld benötigt. Und ohne Geld gebe es keinen Studienauftrag und damit auch keine Entscheidungsgrundlagen. Er ersucht die Stimmberechtigten, dem Gemeinderat Vertrauen zu schenken und verweist darauf, dass die Exekutive den Auftrag habe, altersgerechte Wohnungen zu schaffen. Er bittet deshalb die Stimmberechtigten, dem vorgeschlagenen Vorgehen zuzustimmen.

Das Wort wird nicht weiter verlangt.

Das Geschäft wird mit zwei Gegenstimmen genehmigt.

Beschluss:

1. Der Voranschlag 2014 der Politischen Gemeinde Geroldswil mit einem Aufwand von Fr. 20'839'900.00 und einem Ertrag von Fr. 12'729'900.00 und somit einem Aufwandüberschuss von Fr. 8'110'000.00, der durch ordentliche Steuern in der Höhe von Fr. 6'160'000.00 und einer Entnahme aus dem Eigenkapital von Fr. 1'950'000.00 zu decken ist, wird genehmigt.
2. Der Steuerfuss für die Politische Gemeinde Geroldswil wird unverändert auf 44% festgesetzt.
3. Mitteilung an:
 - Abteilung Finanzen und Liegenschaften

Gemeindeversammlungsvorsteherschaft Geroldswil

Ursula Hofstetter
Gemeindepräsidentin

Beat Meier
Gemeindeschreiber

Montag, 2. Dezember 2013

**71 L2.01.2 Liegenschaften - Einzelne Objekte
Huebwiesenstrasse 34 – Aufstockung Gemeindehaus - Bauab-
rechnung – Weisung**

Der Liegenschaftenvorstand **Peter Christen** erläutert die Vorlage. Die Rechnungsprüfungskommission bringt keine Bemerkungen an.

Das Wort wird nicht verlangt.

Das Geschäft wird ohne Gegenstimme genehmigt.

Beschluss:

1. Die Bauabrechnung vom 3./14. Mai 2013 für die Aufstockung des Gemeindehauses an der Huebwiesenstrasse 34 mit Kosten von Fr. 917'331.50 wird genehmigt.
2. Mitteilung an:
 - Abteilung Finanzen und Liegenschaften

**Gemeindeversammlungsvorsteherchaft
Geroldswil**

Ursula Hofstetter
Gemeindepräsidentin

Beat Meier
Gemeindeschreiber



Montag, 2. Dezember 2013

**72 G3.40 Gemeindepersonal - Gesetze, Verordnungen, Vorschriften, Richtlinien
Personalverordnung – Neuerlass**

Der Finanzvorstand **Michael Deplazes** erläutert die Vorlage. Die Rechnungsprüfungskommission bringt keine Bemerkungen an.

Das Wort wird nicht verlangt.

Das Geschäft wird mit einer Gegenstimme genehmigt.

Beschluss:

1. Der neuen Personalverordnung der Politischen Gemeinde Geroldswil wird zugestimmt.
2. Die Verordnung wird auf den 1. Januar 2014 in Kraft gesetzt.
3. Mitteilung an:
 - Abteilung Finanzen und Liegenschaften

**Gemeindeversammlungsvorsteherschaft
Geroldswil**

Ursula Hofstetter
Gemeindepräsidentin

Beat Meier
Gemeindeschreiber



Montag, 2. Dezember 2013

**73 P1.40 Polizei, Justiz - Gesetze, Verordnungen, Vorschriften, Richtlinien
Polizeiverordnung – Totalrevision**

Der Sicherheitsvorstand **Martin Conrad** erläutert die Vorlage.

Das Wort wird nicht verlangt.

Das Geschäft wird ohne Gegenstimme genehmigt.

Beschluss:

1. Der geänderten Polizeiverordnung der Politischen Gemeinde Geroldswil (dat. 2. Dezember 2013) wird zugestimmt.
2. Der Gemeinderat wird mit der Inkraftsetzung beauftragt.
3. Mitteilung an:
 - Statthalteramt Dietikon, Bahnhofplatz 10, 8953 Dietikon, z.K.

**Gemeindeversammlungsvorsteherschaft
Geroldswil**

Ursula Hofstetter
Gemeindepräsidentin

Beat Meier
Gemeindeschreiber



Montag, 2. Dezember 2013

**74 G2.04.2 Gemeindeorganisation - Konstituierung, Rücktritte, Persönliches
Hofstetter Ursula – Verabschiedung/Rücktritt**

Finanzvorstand **Michael Deplazes** verabschiedet Ursula Hofstetter an ihrer letzten Gemeindeversammlung. Die amtierende Gemeindepräsidentin hat sich entschieden, sich nach drei Amtsperioden nicht mehr als Gemeinderätin und Gemeindepräsidentin zur Verfügung zu stellen.


Ursula Hofstetter wurde 2002 in die Exekutive und direkt als Gemeindepräsidentin gewählt. Sie bestätigte ihre Wahl in den Jahren 2006 und 2010 mit hervorragenden Wahlergebnissen. Michael Deplazes blendet auf ihre Amtszeit und ihre wertvollen Verdienste zurück. Sie habe das Präsidium stets mit Umsicht und äusserst engagiert ausgeübt. Sie sei in vielen Organisationen, Kommissionen und Verbänden tätig gewesen. Speziell hervorgehoben wird ihr Engagement, das Bauentwicklungsgebiet im Geroldswiler Werd im Kantonalen Richtplan in Siedlungsgebiet zu überführen. Mit einem enormen Effort habe Ursula Hofstetter eine Broschüre erarbeitet, die bei Planern und Kantonsparlamentariern als kompetentes, aussagekräftiges Argumentarium wahrgenommen werde. Leider werden die Früchte dieser Arbeit erst nach dem Ausscheiden von Ursula Hofstetter zu ernten sein.


Michael Deplazes dankt Ursula Hofstetter für den grossen Einsatz zum Wohle der Geroldswiler Bevölkerung und wünscht ihr – unter grossem Beifall der anwesenden Stimmberechtigten – für die Zukunft alles Gute.

Gemeindeversammlungsvorsteherschaft Geroldswil


Ursula Hofstetter
Gemeindepräsidentin


Beat Meier
Gemeindeschreiber


Heini Surber


Martin Furrer